



# Finanzrahmen 2010 - 2014

Land und Stadtgemeinde Bremen

Die Senatorin für Finanzen



Freie  
Hansestadt  
Bremen

## ***Impressum***

Die Senatorin für Finanzen  
Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen  
Telefon: (0421) 361 - 4072  
Fax: (0421) 496 - 4072  
E-Mail: [office@finanzen.bremen.de](mailto:office@finanzen.bremen.de)  
<http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:  
Referat 20,  
Herr Rüdiger Schröder  
Telefon: (0421) 361 - 2426  
E-Mail: [ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de](mailto:ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de)

Herr Karl-Heinz Bade  
Telefon: (0421) 361 - 4471  
E-Mail: [karl.heinz.bade@finanzen.bremen.de](mailto:karl.heinz.bade@finanzen.bremen.de)

Gesamtherstellung:  
Druckerei der Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen  
erschienen im November 2010

Foto vom Deckblatt: Silke Kaiser / pixelio.de

# **Finanzrahmen 2010 - 2014**

Land und Stadtgemeinde Bremen



## Gliederung

Seite

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Kernhaushalt</b> .....	<b>2</b>
2.1. Beschlüsse des Senats vom 08. März 2010 .....	2
2.2. Nachtragshaushalt 2010.....	4
2.3. Steuerschätzung November 2010 .....	6
2.4. Einbeziehung von Sondervermögen .....	8
2.5. Sonstige rahmenrelevante Faktoren .....	10
2.6. Gesamtergebnis .....	11
<b>3. Strukturelles Defizit</b> (in der Abgrenzung der Föderalismuskommission II) .....	<b>13</b>
3.1. Finanzielle Transaktionen.....	13
3.2. Neutralisierung der Tilgungsausgaben.....	14
3.3. Konjunkturbereinigung.....	14
3.4. Gesamtergebnis .....	17
<b>4. Finanzrahmen 2010 / 2014</b> .....	<b>18</b>
4.1. Gesamtergebnis .....	18
4.2. Auswirkungen auf Produktplanebene.....	19
4.3. Verrechnungen mit Bremerhaven.....	25
<b>5. Weiteres Verfahren</b> .....	<b>26</b>



## 1. Einleitung

Im Folgenden legt die Senatorin für Finanzen den **Finanzrahmen 2010/2014** vor, der den aktuellen Stand der Haushalte 2010 sowie die Rahmenseetzungen für die Haushaltsaufstellung 2011 abbildet und nach Senatsbeschluss bzw. Kenntnisnahme der Bremischen Bürgerschaft in konsolidierter Betrachtung mit dem Haushalt der Stadtgemeinde Bremerhaven zur Finanzplanung 2010/2014 des Stadtstaates weiter entwickelt werden soll. Schon im Finanzrahmen wird deutlich, dass die Mittelfristplanungen der bremischen Haushalte dabei gegenüber den bisherigen Ansätzen aktuell grundlegend **veränderte Orientierungspunkte und Sichtweisen** erfordern. Ursache hierfür sind die letztjährigen Beschlüsse der Föderalismuskommission II, in deren Folge die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet ist, das strukturelle Defizit ihrer Haushalte im Zeitraum 2010/2020 in gleichmäßigen Schritten vollständig abzubauen, und hierbei durch zeitlich begrenzte Konsolidierungshilfen zur Minderung der Neuverschuldung und der Zinslasten unterstützt wird.

Die veränderte Qualität der Mittelfristplanung ergibt sich aus den Anforderungen des dementsprechend bis 2020 zu gestaltenden Konsolidierungskurses. Vor allem drei Aspekte erfordern grundlegend geänderte Betrachtungsweisen:

- a) Die finanzpolitischen Zielsetzungen im Planungszeitraum 2010/2014 leiten sich aus einer vorgegebenen **längerfristigen Entwicklungslinie** ab. Mit dem Finanzrahmen und -plan 2010/2014 werden Einstieg und erste Schritte des über zehn Jahre laufenden Sanierungskurses der bremischen Haushalte festgelegt. Abweichend von früheren Orientierungspunkten (Ausgleich des konsumtiven Finanzierungsdefizits; Begrenzung der Primärausgaben) bildet dabei nunmehr das **Gesamtdefizit** und dessen schrittweiser Abbau bis 2020 das zentrale Kriterium der Haushaltsplanung.
- b) Die bisherige ausschließliche Betrachtung des Kernhaushaltes wird erweitert. Mit der Ausklammerung finanzieller Transaktionen (vgl. 3.1.), der Erweiterung des Berichtskreises auf den „Sektor Staat“ (vgl. 2.4.) und der Einführung einer Konjunkturbereinigung (vgl. 3.3.) wird das im Konsolidierungszeitraum abzubauenende **strukturelle Defizit** errechnet, dessen Bezüge zum Kernhaushalt durch Überleitungsrechnungen herzustellen sind.
- c) Maßstab für die zu leistenden Abbauschritte ist die **konsolidierte Betrachtung** der strukturellen Defizite des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** sowie der **Stadt Bremerhaven**. Erforderlich ist daher eine integrierte Planung aller beteiligten Gebietskörperschaften, eine im Detail abgestimmte und verlässliche Konsolidierungsgrundlage (innerbremische Verrechnungen und Erstattungen) sowie eine konsequente gemeinsame Einhaltung der zu beschließenden Rahmenseetzungen im Vollzug.

Im Folgenden werden – zunächst noch ohne Einbeziehung Bremerhavens – in einem ersten Schritt die aktuellen Beschlusslagen und Entwicklungen dargestellt, die die Planwerte des bremischen Kernhaushaltes im Planungszeitraum 2010/2014 bestimmen (vgl. 2.). Im Ab-

schnitt 3 werden die Bezüge des Kernhaushaltes zum maßgeblichen strukturellen Defizit in der Abgrenzung der Föderalismuskommission II hergestellt. Abschließend erfolgt die Rückrechnung der sich hieraus ergebenden Abbauschritte auf den Kernhaushalt und die auf dieser Basis im Detail (2011) und global (2012/2014) zu bildenden Produktplan-Eckwerte.

## 2. Kernhaushalt

Steuerungsrelevant ist bei der Einhaltung der erforderlichen Abbauschritte des strukturellen Defizits ausschließlich der Kernhaushalt, dem im Hinblick auf die erforderliche Einbeziehung bisher außerhalb des Kernhaushaltes geleisteter öffentlicher Ausgaben nunmehr auch die Finanzierungsbedarfe der bestehenden Sondervermögen in voller Höhe zuzuordnen sind. Unter Berücksichtigung der bisher zum Kernhaushalt gefassten Beschlüsse, der Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2010 und der integrierten Zuführungen für Sondervermögen ergibt sich dabei folgendes Bild:

### 2.1. Beschlüsse des Senats vom 08. März 2010

Erste Beschlüsse zum Einstieg in den Konsolidierungskurs 2010/2020 wurden – mit dem Ziel, die Rahmensetzungen des laufenden Aufstellungsverfahrens für die Haushalte 2011 weiter zu konkretisieren – vom Senat bereits am 08. März 2010 gefasst. Den Ausgangspunkt dieser Beschlussfassungen bildete die im August 2009 verabschiedete **Finanzplanung 2009/2013**.

Zielsetzung der Beschlüsse vom März 2010 war dabei zunächst, einen **gleichmäßigen Defizitabbau im Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen** sicherzustellen. Zur Einhaltung dieses Kurses beschloss der Senat u. a.

- eine Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** um 1 %-Punkt (auf 4,5 %) ab 2011,
- weitere **Einnahmeverbesserungen** (über Gebühren, Hebesätze etc.) ab 2012,
- einen jährlichen Abbau des **Personalbestandes** („PEP-Quote“) um 1,5 %, der bis 2014 einer Reduzierung um 950 Stellen entsprechen und bei geringfügigen Tarifeffekten zu einem längerfristig gleichbleibenden Niveau der **Aktivenbezüge** führen soll,
- die Deckelung der **Sozialleistungsausgaben** auf einen jährlichen Anstieg um 1,7 %, der einem realen Nullwachstum entsprechen würde,
- eine Konstanthaltung der **Personalkostenerstattungen** (mit identischen Annahmen wie bei den Personalausgaben) und der **übrigen konsumtiven Ausgaben** sowie
- eine Absenkung der **Investitionsausgaben** in den Jahren 2011 und 2012.

Im Hinblick auf die bereits absehbaren Anforderungen bei der Festlegung des Konsolidierungskurses wurden Zahlungen an die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für **Versorgungsvorsorge** der Freien Hansestadt Bremen“ dabei bereits systematisch als Ausgabepositionen in die Haushaltseckwerte aufgenommen. Die dem Land bei erfolgreicher Gestaltung des Defizitabbaus zufließenden **Konsolidierungshilfen** (2011: 200 Mio. €; ab 2012: 300 Mio. € p. a.) wurden zunächst – berechnet nach den jeweiligen Finanzierungsdefiziten der Gebietskörperschaften – zu 89 % dem Land und der Stadtgemeinde Bremen zugerechnet und in Höhe der entsprechenden Zinseffekte in den Berechnungen berücksichtigt.

**Tab. 1: Finanzrahmen 2010/2014**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Stand nach Senatsklausur vom 08.03.2010</b>					
<b>Steuerabhängige Einnahmen</b>	<b>2641</b>	<b>2736</b>	<b>2890</b>	<b>3027</b>	<b>3117</b>
- Steuereinnahmen	1974	2037	2158	2267	2335
- Erhöhung Grunderwerbsteuer		11	12	13	14
- Länderfinanzausgleich (LFA)	456	471	495	516	531
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	211	216	225	231	237
<b>Sonstige konsumtive Einnahmen</b>	<b>480</b>	<b>486</b>	<b>494</b>	<b>500</b>	<b>503</b>
- Fortschreibung	480	486	491	495	496
- Einnahmeverbesserungen			3	5	7
<b>Investive Einnahmen</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>90</b>	<b>91</b>	<b>91</b>
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>3209</b>	<b>3311</b>	<b>3473</b>	<b>3618</b>	<b>3711</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>1146</b>	<b>1157</b>	<b>1169</b>	<b>1181</b>	<b>1192</b>
- Versorgung (ohne Rücklage)	372	383	395	407	418
- Sonstige Personalausgaben	774	774	774	774	774
<b>Zinsausgaben</b>	<b>651</b>	<b>655</b>	<b>709</b>	<b>739</b>	<b>731</b>
<b>Sonst. konsumtive Ausgaben</b>	<b>1940</b>	<b>1957</b>	<b>1975</b>	<b>1991</b>	<b>2005</b>
- Sozialleistungsausgaben	612	622	632	643	654
- Erstattung Aktivenbezüge an Bremerhaven	87	88	88	88	87
- Erstattung Versorgung (Brhv. / Hochsch.)	76	78	81	83	85
- Sonst. Personalkostenerstattungen (Hochsch. / Betr.)	315	317	316	315	315
- Versorgung (Anstalt) 1)	34	34	34	34	34
- Kommunaler Finanzausgleich an Bremerhaven	105	107	113	116	118
- Übrige konsumtive Ausgaben	711	711	711	711	711
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>405</b>	<b>379</b>	<b>360</b>	<b>360</b>	<b>360</b>
- Tilgungsausgaben 2)	71	63	84	74	68
- Sonstige Zuführungen an Sondervermögen 3)	75	61	35	34	32
- Sonstige Investitionsausgaben	259	254	241	251	259
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>4141</b>	<b>4148</b>	<b>4213</b>	<b>4270</b>	<b>4287</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-932</b>	<b>-836</b>	<b>-739</b>	<b>-652</b>	<b>-576</b>
<b>zulässiger Finanzierungssaldo</b>	<b>-932</b>	<b>-836</b>	<b>-740</b>	<b>-644</b>	<b>-547</b>
- gleichmäßiger Abbau	-932	-839	-746	-653	-559
- Risikovorsorge		3	6	9	12
<b>=&gt; Anpassungsbedarf</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-8</b>	<b>-29</b>

1) 2010 noch nicht in Haushaltsanschlägen berücksichtigt 2) Nach Aktualisierung (Stand: 19.10.10)

3) Ab 2012: Setzungen unter Berücksichtigung steigender Tilgungsausgaben (Stand: 21.10.10)

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben ergaben sich nach der Senatsklausur für den **Finanzrahmen 2010/2014** die in **Tabelle 1** zusammengefassten Ausgangswerte. In der tabellarischen Abbildung sind dabei – in Ergänzung der März-Beschlüsse – bei den **Investitionsausgaben** als Untergliederungen aktualisierte Werte für die zu leistenden **Tilgungsausgaben** (Stand: 28. September 2010) und für vorgesehene **Zuführungen an Sondervermögen** ausgewiesen.

Im Gesamtergebnis reichten die Beschlüsse des Senats Anfang März 2010 aus, um den Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde gemessen an den Abbauschritten des Finanzierungsdefizits für **2011 und 2012 vollständig** und in den Folgejahren mit verbleibendem Handlungsbedarf von 8 Mio. € (2013) bzw. 29 Mio. € (2014) in einem ersten Schritt den **Anforderungen des Konsolidierungskurses entsprechend** zu gestalten.

Zwischenzeitlich sind allerdings für den Kernhaushalt Entwicklungen und Beschlüsse zu berücksichtigen, die den Einstieg in den Konsolidierungskurs 2010/2020 direkt betreffen und verändern:

## 2.2. Nachtragshaushalt 2010

Am 10. November 2010 hat die Bremische Bürgerschaft einen Nachtragshaushalt 2010 beschlossen, mit dem im Wesentlichen konjunkturell bedingte Mindereinnahmen und gesetzlich verpflichtete Mehrausgaben in die Anschlagwerte übernommen werden.

Einerseits wurde dabei berücksichtigt, dass aufgrund **konjunktureller Einflüsse**

- die Mittelfrist-**Steuerschätzung** vom Mai 2010 für das Land und die Stadtgemeinde – nach Gegenrechnung verringerter Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich – für das laufende Haushaltsjahr Mindereinnahmen von rd. **81,1 Mio. €** ergeben hatte,
- bei **Gewinnausschüttungen** Einnahmeausfälle von rd. **8,6 Mio. €** zu unterstellen sind und
- die Einnahmen aus der **Konzessionsabgabe** voraussichtlich um gut **0,6 Mio. €** hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück bleiben werden.

Andererseits führten unvermeidbare **gesetzliche Verpflichtungen** – im Saldo mit korrespondierenden Mehreinnahmen vom Bund – zu Netto-Mehrbelastungen, d. h. zur Vergrößerung des Finanzierungsdefizits der Haushalte in den Bereichen

- **Sozialleistungen (50,4 Mio. €),**
- **Opferentschädigungsgesetz (0,6 Mio. €)** und
- **Wohngeld (rd. 2,0 Mio. €).**

Darüber hinausgehende, betragsmäßig eher geringe Veränderungen von **Einzelpositionen** im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2010, mit denen im Wesentlichen Gremienbeschlüsse umgesetzt und technische Korrekturen in der Anschlagbildung (Ba-föG) vorgenommen wurden, konnten durch parallele Auflösung einer z. T. für diese

Zwecke gebildeten Risikovorsorge (2 Mio. €) im Saldo auf knapp **2,1 Mio. €** begrenzt werden.

In **Tabelle 2** sind die mit dem Nachtragshaushalt 2010 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen beschlossenen Anpassungen der Anschlagwerte, die insgesamt zu einer **Verschlechterung des Finanzierungssaldos** der Haushalte 2010 um **145,4 Mio. €** führen, detailliert abgebildet und mit bereits konkret bezifferbaren Beträgen bzw. mit den im ursprünglichen Finanzrahmen unterstellten Veränderungsdaten für die Folgejahre des Finanzplan-Zeitraumes fortgeschrieben. Die deutliche Erhöhung des Finanzierungsdefizits 2011 gegenüber 2010 ist dabei ausschließlich auf erwartete steuerabhängige Mindereinnahmen zurückzuführen.

**Tab. 2: Nachtragshaushalt 2010**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Veränderungen / Anpassungen im Kernhaushalt</b>					
<b>Steuerschätzung Mai 2010</b>	<b>-81,1</b>	<b>-157,5</b>	<b>-166,5</b>	<b>-176,4</b>	<b>-145,8</b>
- Steuereinnahmen	-20,933	-77,790	-80,899	-85,146	-60,400
- Länderfinanzausgleich (LFA)	-47,000	-64,000	-68,691	-72,879	-68,355
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	-16,000	-21,000	-22,380	-24,070	-22,202
- Anteil Bremerhavens an der Feuerschutzsteuer	-0,126				
- Kommunalen Finanzausgleich an Bremerhaven	2,941	5,312	5,505	5,661	5,177
<b>Nachtragshaushalt 2010 (Sonstiges)</b>	<b>-64,3</b>	<b>-57,6</b>	<b>-58,6</b>	<b>-59,6</b>	<b>-60,5</b>
<b>- Einnahmen</b>	<b>-1,375</b>	<b>7,792</b>	<b>7,807</b>	<b>7,822</b>	<b>7,837</b>
- Mindereinnahmen Gewinnausschüttung	-8,644				
- Sozialleistungseinnahmen	5,600	5,617	5,634	5,651	5,668
- Mindereinnahmen BaFöG (Hochschulen)	-0,477	-0,600	-0,602	-0,604	-0,605
- Mindereinnahmen Konzessionsabgabe	-0,630				
- Mehreinnahmen Opferentschädigungsgesetz	0,300	0,300	0,300	0,300	0,300
- Mehreinnahmen Wohngeld (SUBVE)	2,475	2,475	2,475	2,475	2,475
<b>- Ausgaben</b>	<b>62,899</b>	<b>65,430</b>	<b>66,398</b>	<b>67,383</b>	<b>68,384</b>
- Sozialleistungsausgaben	56,000	56,952	57,920	58,905	59,906
- Veränd. Entlohnungsstruktur (Erzieher/-innen KiTa)	0,750	1,300	1,300	1,300	1,300
- Mehrbedarf Personalausgaben Bürgerschaft	0,191	0,242	0,242	0,242	0,242
- Mehrbedarf Privatschulen (Bildung)	1,730	1,730	1,730	1,730	1,730
- Mehrausgaben Opferentschädigungsgesetz	0,900	0,900	0,900	0,900	0,900
- Mehrausgaben Wohngeld (SUBVE)	4,426	5,404	5,404	5,404	5,404
- Mehrbedarf Bauunterhaltsmieten	0,902	0,902	0,902	0,902	0,902
- Auflösung Risikovorsorge	-2,000	-2,000	-2,000	-2,000	-2,000
<b>Nachtragshaushalt</b>	<b>-145,4</b>	<b>-215,1</b>	<b>-225,1</b>	<b>-236,0</b>	<b>-206,3</b>
<b>Resteinanspr./Rücklagenentn. (Vollzug)</b>	<b>-17,8</b>	<b>-1,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
- Finanzierungsbedarf JUB (Rücklagenentnahme)	2,000				
- Risikovorsorge n. Versorgungslastenstaatsvertrag	4,705				
- Sanierung JVA (Reste)	1,400				
- Mehrbedarf Schulentwicklung in Brhv. (Rücklagenentn.)	0,285				
- Flächenkauf Offshore-Terminal (Rücklagenentnahme)	2,100				
- sonstige Rücklageninanspruchnahme (konsumtiv)	5,897	0,804			
- sonstige Rücklageninanspruchnahme (investiv)	1,460	0,468			
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-163,2</b>	<b>-216,4</b>	<b>-225,1</b>	<b>-236,0</b>	<b>-206,3</b>

Im unteren Teil der Tabelle 2 sind **Veränderungen im Vollzug** (Resteinanspruchnahmen; Rücklagenentnahmen) ausgewiesen, die im weiteren Berechnungsverfahren des Konsolidierungspfades mit den dargestellten Beträgen von **19,0 Mio. €** (2010) und **1,3 Mio. €** (2011) als defiziterhöhend zu berücksichtigen sind. Zusammen mit den Effekten des Nachtragshaushaltes ergeben sich damit in den Haushalten **zusätzliche Finanzierungslücken** von **163,2 Mio. €** (2010) bzw. **216,4 Mio. €** (2011). Sofern keine konkreten Beträge vorzusehen sind, orientiert sich die Fortschreibung der einzelnen Positionen des Nachtragshaushaltes für die Jahre 2012 ff. an den Veränderungsraten, mit denen die jeweiligen Einnahme- und Ausgabearten, denen sie zuzuordnen sind, insgesamt im Finanzrahmen berücksichtigt werden.

### 2.3. Steuerschätzung November 2010

Am 04. November 2010 hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ seine Prognosen zur Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im laufenden und kommenden Haushaltsjahr vorgelegt. Die aktuellen Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gehen auf Basis entsprechender Annahmen der beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute und der zuständigen Bundesministerien davon aus, dass die **wirtschaftliche Entwicklung** im Bundesgebiet und damit auch die daran geknüpften steuerabhängigen Einnahmen für 2010 und die Folgejahre **deutlich positiver** ausfallen werden als noch im Rahmen der Mittelfrist-Steuerschätzung vom Mai 2010 unterstellt.

Tab. 3: Projektionen steuerrelevanter gesamtwirtschaftlicher Indikatoren

Zuwachsraten gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt		Bruttolöhne- und -gehälter		Unternehm. u. Vermögens-einkommen
	nominal	real	insgesamt	je Arbeitnehmer	
<b>2010</b>					
Schätzung Mai 2010	1,8	1,4	0,8	1,0	4,0
<b>Schätzung November 2010</b>	<b>4,1</b>	<b>3,4</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>	<b>17,0</b>
Veränderung in %-Punkten	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 13,0
<b>2011</b>					
Schätzung Mai 2010	2,4	1,6	1,0	1,2	5,0
<b>Schätzung November 2010</b>	<b>3,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,5</b>	<b>1,9</b>	<b>4,2</b>
Veränderung in %-Punkten	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,7	- 0,8
<b>2011/2015 1)</b>					
Schätzung Mai 2010	2,9	1,7	2,5	2,2	4,3
<b>Schätzung November 2010</b>	<b>2,8</b>	<b>1,5</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>3,2</b>
Veränderung in %-Punkten	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 1,1

1) Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten (Mai 2010: Durchschnitt 2011/2014)  
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Der vorstehenden **Tabelle 3** ist zu entnehmen, dass beim Bruttoinlandsprodukt gegenüber der Schätzung vor Halbjahresfrist zwischenzeitlich für 2010 – mit entsprechenden Basiseffekten – eine Anhebung der Wachstumserwartungen um 2,0 %-Punkte (real) bzw. 2,3 %-Punkte (nominal) zu verzeichnen ist. Auch die Annahmen zur Entwicklung der für die Steuereinnahmen bedeutsamen Veränderungsraten der Bruttolöhne und

-gehälter (+ 1,6 %-Punkte) sowie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+ 13,0 %-Punkte) wurden deutlich erhöht.

Bei relativ geringfügigen Effekten seit Mai 2010 neu zu berücksichtigender steuerrechtlicher Veränderungen ergeben sich auf dieser Grundlage für **Bund, Länder und Gemeinden** gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2010 **Mehreinnahme-Erwartungen** von **16,5 Mrd. €** (2010), **21,6 Mrd. €** (2011) und **23,1 Mrd. €** (2012).

Die Haushalte des Stadtstaates **Bremen** werden im Haushaltsjahr **2010** die Dynamik des bundesweiten Steuerwachstums allerdings zunächst nicht mit vollziehen. Zwar weisen die Schätzungen für die Steuereinnahmen des Landes gegenüber der Frühjahrsprojektion 2010 im laufenden Jahr um rd. 15 Mio. € erhöhte Erwartungen aus, die insbesondere von Entwicklungen der Einkommen-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer gestützt werden. Die Kommunalsteuern der Stadt Bremen dürften im Jahresergebnis allerdings eher unterhalb des Schätzwertes der Mai-Prognosen liegen.

Ursache hierfür ist eine derzeit noch relativ **geringe Dynamik der Gewerbesteuer**, deren vorübergehendes Zurückbleiben gegenüber den Schätzungen für das Bundesgebiet insgesamt jedoch kein Indiz für eine Entkopplung von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung darstellt. Das noch stagnierende Aufkommen spiegelt eher einen – in der Vergangenheit auch mit umgekehrten Vorzeichen bereits häufiger feststellbaren – unterschiedlichen zeitlichen Verlauf wider, der insbesondere auch durch das (Voraus-) Zahlungsverhalten der Steuerpflichtigen geprägt wird.

**Tab. 4: Steuerschätzung November 2010**

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Ergebnisse der Regionalisierung (November 2010)</b>					
<b>Steuerabhängige Einnahmen</b>	<b>2532</b>	<b>2604</b>	<b>2759</b>	<b>2895</b>	<b>3021</b>
- Steuereinnahmen	1958	2017	2140	2254	2354
- Länderfinanzausgleich (LFA)	370	381	405	421	440
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	203	206	214	220	227
<b>Kommunaler Finanzausgleich</b>	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>107</b>	<b>110</b>	<b>113</b>
<b>Saldo</b>	<b>2430</b>	<b>2501</b>	<b>2652</b>	<b>2785</b>	<b>2908</b>
<b>Veränderungen gegenüber bisherigen Annahmen (Mai 2010; NT-HH)</b>					
<b>Steuerabhängige Einnahmen</b>	<b>-25</b>	<b>31</b>	<b>42</b>	<b>50</b>	<b>55</b>
- Steuereinnahmen	6	46	51	60	65
- Länderfinanzausgleich (LFA)	-39	-26	-21	-22	-23
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	8	11	12	12	13
<b>Kommunaler Finanzausgleich</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Saldo</b>	<b>-25</b>	<b>30</b>	<b>42</b>	<b>50</b>	<b>55</b>

Das **Hauptproblem** für die steuerabhängigen Einnahmen des Landes Bremen im Jahr 2010 bilden allerdings die **Zahlungen im Länderfinanzausgleich**: Schon bei Vorlage der Ergebnisse der Schätzung vom Mai 2010 war zu berücksichtigen, dass hier im März eine **Rückerstattung für 2009** in Höhe von 51 Mio. € zu leisten war. Gemessen an den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung deutet die Kassenentwicklung nach zehn Monaten daraufhin, dass zudem ein voraussichtlich relativ hoher Anteil der **Zahlungsansprüche 2010** erst mit **Abrechnung des vierten Quartals** (März 2011) zu

vereinnahmen sein wird. Zusammen genommen werden damit bremische Ansprüche im Länderfinanzausgleich in einer geschätzten Höhe von rd. 70 Mio. € nicht im laufenden Haushaltsjahr kassenwirksam.

Da die originären Steuereinnahmen diese abrechnungsbedingten LFA-Ausfälle nicht kompensieren können, ist aktuell zu erwarten, dass die steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen **2010** die Annahmen der Mittelfrist-Projektionen vom Mai des Jahres um rd. **25 Mio. € unterschreiten** werden. Für die Folgejahre ergibt sich bei Fortschreibung der voraussichtlichen Ist-Werte 2010 gegenüber der Mai-Schätzung (zuzüglich unterstellter Effekte der Grunderwerbsteuer-Erhöhung; vgl. 2.1.) eine **Zunahme der Einnahmeerwartungen** um **31 Mio. € (2011)** bzw. **42 Mio. € (2012)** (vgl. **Tabelle 4**).

## 2.4. Einbeziehung von Sondervermögen

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Konsolidierungsländern zur Umsetzung der Föderalismuskommission II wird eine **Einbeziehung** der Finanzierungsdefizite der **ausgegliederten Einheiten** in die Berechnungen des strukturellen Finanzierungsdefizits und des daraus resultierenden Abbaupfades im weiteren Verlauf des Konsolidierungszeitraums vorsehen.

Entsprechend der Zielsetzung des Senats die außerhaushaltsmäßigen Finanzierungen zurückzufahren wird dies zum Anlass genommen, die bisherige **Praxis von Vorfinanzierungen** in ausgelagerten Bereichen mit Beginn des Konsolidierungszeitraumes nunmehr zu **beenden**. Statt Vorfinanzierungen, die nach ihrer Durchführung den Kernhaushalt erst in Höhe ihrer jährlichen Tilgungsbeträge durchlaufen und belasten, sollen die entsprechenden Finanzierungsbedarfe im Jahr ihres Entstehens **unmittelbar aus dem Kernhaushalt** abgedeckt werden.

Einerseits können mit dieser Rückverlagerung außerhaushaltsmäßiger Finanzierungen in den Kernhaushalt Beiträge zu einer **transparenteren**, den **Zeitpunkt der Realisierung** unmittelbar **abbildenden Darstellung der Investitionstätigkeiten** des Landes und der Stadtgemeinde geleistet werden. Andererseits kann mit einer ausschließlichen Finanzierung aller Investitionen aus dem Kernhaushalt im Rahmen der weiteren Betrachtungen zum bremischen Konsolidierungskurs auf eine differenzierte Ausweisung einzelner Sondervermögen verzichtet, eine äußerst aufwändige Konsolidierung zwischen Kernhaushalt und doppisch buchenden Sondervermögen vermieden und damit wesentlich zur **Vereinfachung des Meldeverfahrens** und der diesbezüglichen Berechnungen beigetragen werden. Der Senat hat die Senatorin für Finanzen daher in seiner Sitzung am 28. September 2010 gebeten, die weiteren Schritte zum Konsolidierungskurs 2010/2020 auf Basis auch dieses Eckpunktes vorzubereiten.

**Tabelle 5** verdeutlicht die Einzelschritte der Umwandlung bisheriger außerhaushaltsmäßiger Vorfinanzierungen in Zuschussbeträge des Kernhaushaltes und deren be-  
tragsmäßigen Auswirkungen. Zu beachten ist dabei, dass

- der Liquiditätsbedarf der Sondervermögen **2010** – der unter FöKo-Gesichtspunkten die Berechnungsgrundlage der Folgejahre darstellt – noch in der **bisherigen Finanzierungspraxis** (Zuschuss aus dem Kernhaushalt und Kreditaufnahme der Sondervermögen) abgedeckt wird und noch stark durch betragsmäßig relevante Vorfinanzierungen (insbesondere der Kaiserschleuse und des JadeWeserPorts) geprägt ist,
- die ab 2012 als **Zuschussbedarfe** zum Ausgleich bestehender Deckungslücken geltend gemachten Beträge Anmeldungen der Sondervermögen darstellen, die zunächst unverändert in die Berechnungen des Konsolidierungspfades übernommen wurden, jedoch zwangsläufig noch unter dem **Vorbehalt** der Ergebnisse zukünftiger Haushaltsberatungen – einschließlich der in diesem Rahmen zu beschließenden maßnahmenbezogenen Investitionsplanungen - stehen und
- die für diesen Zeitraum als **bereits im Kernhaushalt berücksichtigt** ausgewiesenen Beträge auf **Fortschreibungen** der Senatorin für Finanzen beruhen, die insbesondere auch die Entwicklung der notwendigen Tilgungen widerspiegeln.

**Tab. 5: Liquiditätsbedarf der Sondervermögen**

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Liquiditätsbedarf Sondervermögen</b>	<b>170,8</b>	<b>142,9</b>	<b>129,0</b>	<b>126,0</b>	<b>132,0</b>
<b>bereits als Zuschussbetrag im Kernhaushalt berücksichtigt 1)</b>	<b>74,7</b>	<b>60,8</b>	<b>34,7</b>	<b>33,9</b>	<b>32,4</b>
- SV Hafen (Stadt)	38,883	38,578	15,866	15,866	15,866
- SV Immobilien und Technik (Stadt)	19,700	6,900	0,000	0,000	0,000
- SV Immobilien und Technik (Land)	4,214	3,960	3,762	3,762	3,762
- SV Gewerbeflächen (Stadt)	9,789	5,930	9,976	9,141	7,641
- SV Überseestadt (Stadt)	2,119	5,409	5,139	5,139	5,139
<b>zusätzlicher Liquiditätsbedarf 2)</b>	<b>96,1</b>	<b>82,1</b>	<b>94,2</b>	<b>92,1</b>	<b>99,5</b>
- SV Hafen (Stadt)	68,055	41,572	45,985	46,740	47,827
- SV Immobilien und Technik (Stadt)	28,160	26,731	28,460	29,235	29,911
- SV Immobilien und Technik (Land)	-0,071	0,119	0,038	0,169	0,401
- SV Gewerbeflächen (Stadt)	-0,001	6,259	13,990	14,601	14,229
- SV Überseestadt (Stadt)	0,000	7,417	5,736	1,325	7,179
nachrichtlich:					
<b>Investitionsausgaben im Kernhaushalt</b>	<b>507,7</b>	<b>461,1</b>	<b>453,7</b>	<b>451,6</b>	<b>459,1</b>
- <b>Tilgungsausgaben</b>	<b>71,196</b>	<b>63,474</b>	<b>89,290</b>	<b>74,201</b>	<b>68,241</b>
- <b>Sonstige Zuführungen an Sondervermögen 3)</b>	<b>170,848</b>	<b>142,876</b>	<b>128,952</b>	<b>125,977</b>	<b>131,955</b>
- SV Hafen (Stadt)	106,938	80,150	61,851	62,606	63,693
- SV Immobilien und Technik (Stadt)	47,860	33,631	28,460	29,235	29,911
- SV Immobilien und Technik (Land)	4,143	4,079	3,800	3,931	4,163
- SV Gewerbeflächen (Stadt)	9,788	12,189	23,966	23,742	21,870
- SV Überseestadt (Stadt)	2,119	12,826	10,875	6,463	12,318
- <b>Sonstige Investitionsausgaben</b>	<b>265,705</b>	<b>254,737</b>	<b>235,487</b>	<b>251,411</b>	<b>258,871</b>

1) 2010: Anschläge; 2011: Eckwert-Entwürfe; ab 2012: Setzungen

2) 2010: Berücksichtigung in Kreditemächtigung der Sondervermögen; ab 2011: erforderliche Aufstockung der Zuschussbeträge im Kernhaushalt; Berechnungs- und Abstimmungsstand: 21. Oktober 2010

3) 2010: einschließlich entsprechender Kreditemächtigungen der Sondervermögen

Die im Kernhaushalt dementsprechend **einzuplanenden Investitionsausgaben** bewegen sich nach plangemäßigem Rückgang der Bedarfe für bisher außerhaushaltsmäßige Vorfinanzierungen damit im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2014 zunächst auf einem **durchschnittlichen Niveau** von rd. **455 Mio. €**

## 2.5. Sonstige rahmenrelevante Faktoren

Neben Nachtragshaushalt, Steuerschätzung und Umstellung der Sondervermögensfinanzierungen auf Haushaltszuschüsse sind für die Eckdaten des Finanzrahmens 2010/2014 weitere Veränderungen zu berücksichtigen, die Niveau und Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushaltes betreffen (vgl. **Tabelle 6**):

- Im Rahmen ihrer Vorlage für die Sitzung des Senats am 28. September 2010 hatte die Senatorin für Finanzen über bestehende **Haushaltsrisiken für die Jahre 2011 ff.** berichtet und vorgeschlagen, „im weiteren Verfahren der Haushaltsaufstellung (...) über den Umgang mit diesen Risiken zu entscheiden und eine Lösung der dargestellten Problemlagen vorzusehen“. Nach eingehender Überprüfung der Unvermeidbarkeit der von den Ressorts gemeldeten Veränderungsbedarfe und ausgehend von der Tatsache, dass mit ihrer Berücksichtigung die Einhaltung des im Jahr 2011 notwendigen **Abbauschnittes des strukturellen Defizits nicht gefährdet** wird (vgl. 3.4.), schlägt die Senatorin für Finanzen vor, die in der Tabelle 6 zusammen gefassten Anpassungen in den Rahmensetzungen der Finanzplan-Periode vorzusehen.

Eine ausführlichere Erläuterung und Begründung der einzelnen Korrekturpositionen ist der Vorlage zur Aufstellung der Haushalte 2011 zu entnehmen. Im Saldo weisen die Veränderungen der jeweiligen Produktplan-Eckwerte im Haushaltsjahr **2011** ein Nettovolumen von **13,4 Mio. €** auf. Bei Fortschreibung dieser Niveauveränderung mit den für die Einzelpositionen jeweils bekannten bzw. unterstellten Veränderungsdaten ergeben sich für die Folgejahre zusätzliche Defizite von **13,2 Mio. €** (2012) bzw. **12,1 Mio. €** (2013 und 2014).

- Zu berücksichtigen sind darüber hinaus **Eckwertveränderungen**, die in ihrer Gesamtheit zwar nur marginal den Finanzierungssaldo der Haushalte beeinflussen, jedoch zu deutlicher abweichenden Werten auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie bei den einzelnen Ausgabenkategorien führen. Wesentliche **saldenneutrale Anpassungen** sind dabei durch die Rückführung des bisherigen Eigenbetriebes „GeoInformation“ in die Ämterstruktur begründet. Für die Fortschreibung dieser im Haushaltsaufstellungsverfahren zu berücksichtigenden Veränderungen wird im weiteren Finanzplan-Zeitraum zunächst von konstanten Werten ausgegangen.
- Die derzeit ausgesprochen günstigen **Zinskonditionen** am Kapitalmarkt erlauben es, für die Zinsausgaben des Aufstellungsjahres 2011 entsprechende **Entlastungen gegenüber den bisherigen Planungen** (Senatsbeschluss vom 08. März 2010) vorzusehen und diese in Form von Zinssicherungsgeschäften auch für den Finanzplan-Zeitraum insgesamt zu nutzen. Konkret tragen entsprechende Zinsminderausgaben dazu bei, das Finanzierungsdefizit des Kernhaushaltes im Jahr **2011** um rd. **32 Mio. €** zu verringern. Im weiteren Verlauf der Mittelfristplanung betragen die Entlastungswirkungen für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ebenfalls **32 Mio. €** (2012) sowie **40 Mio. €** (2013 und 2014).

**Tab. 6: Haushaltsprobleme 2011, Detailanpassungen, Zinseffekte**  
**Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €**

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Haushaltsprobleme 2011 (einschließlich Fortschreibung)</b>					
<b>- Einnahmen</b>	<b>-2,350</b>	<b>-3,152</b>	<b>-3,178</b>	<b>-3,178</b>	<b>-3,204</b>
- Mindereinnahmen Verkehrsüberwachung / Ordnungsangelegenheiten / Bürgerservice (Inneres)	-3,395	-3,405	-3,416	-3,416	-3,426
Mehreinnahmen ZENSUS (Inneres)	0,777				
- Mindereinnahmen Grundbuchsachen / Gerichtsgeb. etc.	-5,056	-5,071	-5,086	-5,086	-5,102
- Mindereinnahmen Ruhelohn Innenreinigung (AFi)	-0,750	-0,750	-0,750	-0,750	-0,750
- Mehreinnahmen BAföG (Bildung / Hochschulen)	2,616	2,616	2,616	2,616	2,616
- Mindereinnahmen Eigenkapitalverzinsung SVIT (AFi)	-0,169	-0,169	-0,169	-0,169	-0,169
- Mehreinnahmen n. KdU-Anpassungsklausel (altes Recht)	3,628	3,628	3,628	3,628	3,628
<b>- Ausgaben</b>	<b>11,047</b>	<b>10,073</b>	<b>8,900</b>	<b>8,900</b>	<b>8,867</b>
- Bürgerschaftswahlen (Inneres)	0,400	-1,100	-1,100	-1,100	-1,100
- Mehrausgaben ZENSUS (Inneres)	3,407	1,290	0,117	0,117	0,084
- Minderausgaben Grundbuchsachen / Gerichtsgeb. etc.	-1,900	-1,900	-1,900	-1,900	-1,900
- Versorgung schwerstmehrfachbeh. Schüler/-innen	0,600	0,600	0,600	0,600	0,600
- Mehrbedarf Kindertagesbetreuung (Jugend u. Soziales)	2,430	5,000	5,000	5,000	5,000
- Mehrausgaben Altfälle Anreizmittel	1,117	1,117	1,117	1,117	1,117
- Minderausgaben Ruhelohn Innenreinigung (AFi)	-0,750	-0,750	-0,750	-0,750	-0,750
- Minderausgabe Innenreinigung	-0,356	-0,356	-0,356	-0,356	-0,356
- Mehrausgaben Schülerunfallversicherung		0,072	0,072	0,072	0,072
- Mehrausgaben BAföG (Bildung / Hochschulen) - konsumtiv	4,025	4,025	4,025	4,025	4,025
- Mehrausgaben BAföG (Bildung / Hochschulen) - investiv	1,094	1,094	1,094	1,094	1,094
- Mehrausgaben KdU (altes Recht)	0,981	0,981	0,981	0,981	0,981
<b>Saldo</b>	<b>-13,4</b>	<b>-13,2</b>	<b>-12,1</b>	<b>-12,1</b>	<b>-12,1</b>
<b>Verlagerungen; Detailanpassungen</b>					
<b>- Einnahmen</b>	<b>3,982</b>	<b>3,982</b>	<b>3,982</b>	<b>3,982</b>	<b>3,982</b>
- Einrichtung eines Amtes "GeoInformation"	4,848	4,848	4,848	4,848	4,848
- Sonstige Veränderungen	-0,866	-0,866	-0,866	-0,866	-0,866
<b>- Ausgaben</b>	<b>5,307</b>	<b>5,307</b>	<b>5,307</b>	<b>5,307</b>	<b>5,307</b>
- Einrichtung eines Amtes "GeoInformation"	4,848	4,848	4,848	4,848	4,848
Personalausgaben	6,918	6,918	6,918	6,918	6,918
sonstige konsumtive Ausgaben	-2,413	-2,413	-2,413	-2,413	-2,413
Investitionsausgaben	0,343	0,343	0,343	0,343	0,343
- Sonstige Veränderungen	0,459	0,459	0,459	0,459	0,459
sonstige konsumtive Ausgaben	-1,471	-1,471	-1,471	-1,471	-1,471
Investitionsausgaben	1,930	1,930	1,930	1,930	1,930
<b>Saldo</b>	<b>-1,3</b>	<b>-1,3</b>	<b>-1,3</b>	<b>-1,3</b>	<b>-1,3</b>
<b>Entlastungen durch Zinsentwicklung</b>	<b>32,0</b>	<b>32,0</b>	<b>40,0</b>	<b>40,0</b>	<b>40,0</b>

## 2.6. Gesamtergebnis

Aus den vorstehend beschriebenen Beschlüssen und zu berücksichtigenden Entwicklungen, Ergebnissen bzw. Erkenntnissen ergibt sich aktuell der nachfolgend abgebildete **Finanzrahmen 2010/2014 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen**, der für 2011 zugleich Basis des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens ist.

**Tab. 7: Finanzrahmen 2010/2014**

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Mit Nachtragshaushalt 2010, November-Steuerschätzung und Zuschussfinanzierung der Sondervermögen</b>					
<b>Steuerabhängige Einnahmen</b>	<b>2532</b>	<b>2604</b>	<b>2759</b>	<b>2895</b>	<b>3021</b>
- Steuereinnahmen	1958	2017	2140	2254	2354
- Länderfinanzausgleich (LFA)	370	381	405	421	440
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	203	206	214	220	227
<b>Sonstige konsumtive Einnahmen</b>	<b>479</b>	<b>496</b>	<b>502</b>	<b>509</b>	<b>512</b>
- Fortschreibung	480	486	491	495	496
- Einnahmeverbesserungen			3	5	7
- Nachtragshaushalt 2010	-1	8	8	8	8
- Sonstige Anpassungen		2	1	1	1
<b>Investive Einnahmen</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>90</b>	<b>91</b>	<b>91</b>
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>3098</b>	<b>3189</b>	<b>3352</b>	<b>3495</b>	<b>3624</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>1146</b>	<b>1164</b>	<b>1176</b>	<b>1188</b>	<b>1199</b>
- dar. Sonstige Anpassungen		7	7	7	7
<b>Zinsausgaben</b>	<b>651</b>	<b>623</b>	<b>677</b>	<b>699</b>	<b>691</b>
<b>Sonst. konsumtive Ausgaben</b>	<b>2010</b>	<b>2026</b>	<b>2041</b>	<b>2056</b>	<b>2072</b>
- Sozialleistungsausgaben	668	679	690	702	714
- Erstattung Aktivenbezüge an Bremerhaven	87	88	88	88	87
- Erstattung Versorgung (Brhv. / Hochsch.)	76	78	81	83	85
- Sonst. Personalkostenerstattungen (Hochsch. / Betr.)	315	317	316	315	315
- Versorgung (Anstalt) 1)	34	34	34	34	34
- Kommunalen Finanzausgleich an Bremerhaven	102	103	107	110	113
- Nachtragshaushalt 2010 (Sonstiges) / Vollzug	18	9	8	8	8
- Sonstige Anpassungen		6	5	4	4
- Übrige konsumtive Ausgaben	711	711	711	711	711
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>508</b>	<b>464</b>	<b>457</b>	<b>455</b>	<b>462</b>
- Tilgungsausgaben 2)	71	63	84	74	68
- Sonstige Zuführungen an Sondervermögen	171	143	129	126	132
- Nachtragshaushalt 2010 / Vollzug	7	0	0	0	0
- Sonstige Anpassungen		3	3	3	3
- Sonstige Investitionsausgaben	259	254	241	251	259
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>4315</b>	<b>4277</b>	<b>4351</b>	<b>4398</b>	<b>4424</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-1217</b>	<b>-1088</b>	<b>-1000</b>	<b>-903</b>	<b>-800</b>

1) 2010 noch nicht in Haushaltsanschlagen berücksichtigt 2) Nach Aktualisierung (Stand: 19.10.10)

Die Planwerte des Jahres **2011** enden mit einem **Finanzierungsdefizit** von **1.088 Mio. €** Gegenüber dem voraussichtlichen Ist des laufenden Jahres entspricht dieser Betrag einem Abbau der Deckungslücke der Haushalte binnen Jahresfrist um rd. 129 Mio. €. Ein als Konsolidierungsbeitrag zu leistender Abbauschritt im Umfang von knapp 122 Mio. € (10 % des Ausgangswertes) wäre damit für den Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde gewährleistet. **Maßstab für die Einhaltung des erforderlichen Defizitabbaus** ist allerdings nicht der Kernhaushalt, sondern ausschließlich das **strukturelle Defizit** des Sektors Staat nach Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse.

### 3. Strukturelles Defizit (in der Abgrenzung der Föderalismuskommission II)

Zur Ermittlung des unter FöKo-Gesichtspunkten relevanten strukturellen Defizits ist es erforderlich, aufsetzend auf der Finanzierungslücke des Kernhaushaltes **gesetzlich festgelegte Anpassungen bzw. Bereinigungen** vorzunehmen.

#### 3.1. Finanzielle Transaktionen

Gemäß § 1 (2) eines ersten Entwurfs einer Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen werden die Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushaltes bei der Ermittlung des strukturellen Defizits um „finanzielle Transaktionen“ bereinigt. Zu den finanziellen Transaktionen zählen dabei **Ausgaben** für

- den Erwerb von Beteiligungen,
  - Tilgungen an den öffentlichen Bereich und
  - Darlehensvergaben
- sowie **Einnahmen** aus
- Veräußerungen von Beteiligungen,
  - Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich und
  - Darlehensrückflüssen.

Mit der Herausnahme dieser Positionen reduziert sich die Abbildung des Kernhaushaltes in einem ersten Schritt auf die Einnahmen-Ausgaben-Relationen der **unmittelbaren öffentlichen Aufgabenwahrnehmung**, während ansonsten im Defizit des Gesamthaushaltes berücksichtigte Elemente ihrer Finanzierung (auch durch Veränderungen des Vermögensstandes) aus den Betrachtungen ausgeklammert werden. U. a. bedeutet dies, dass auch der Erwerb von Beteiligungen sowie eventuelle Vermögensveräußerungen – mit Ausnahme möglicher Zinseffekte – keinen unmittelbaren Einfluss auf das strukturelle Defizit der Haushalte nehmen.

**Tab. 8: FöKo-relevante Bereinigungen: Finanzielle Transaktionen**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Finanzielle Transaktionen</b>	<b>5,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>
<b>- Einnahmen</b>	<b>0,688</b>	<b>0,697</b>	<b>0,703</b>	<b>0,709</b>	<b>0,712</b>
- Veräußerung von Beteiligungen (Gr. 133, 134)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Schuldenaufnahme öffentlicher Bereich (Gr. 31)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Darlehensrückflüsse (Gr. 14, 17, 18)	0,688	0,697	0,703	0,709	0,712
<b>- Ausgaben</b>	<b>5,916</b>	<b>1,853</b>	<b>1,821</b>	<b>1,835</b>	<b>1,850</b>
- Erwerb von Beteiligungen (Gr. 83)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Tilgungen an öffentlichen Bereich (Gr. 58)	5,000	0,937	0,951	0,965	0,980
- Darlehen (Gr. 85 - 87)	0,916	0,916	0,870	0,870	0,870

Der Saldo der finanziellen Transaktionen beträgt für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen **2010 rd. 5,2 Mio. €** um die das Haushaltsdefizit auf dem Weg zum strukturellen Defizit reduziert wird. Die Reduzierung des Wertes auf nur noch

1,2 Mio. € im Folgejahr 2011 bedeutet eine zusätzliche Belastung des Defizitabbaus schrittes 2010/2011 in Höhe der Differenz (vgl. **Tabelle 8**).

### 3.2. Neutralisierung der Tilgungsausgaben

Aufgrund der integrierten Betrachtung des Kernhaushaltes und ausgegliederter Einheiten in der Abgrenzung des Staatssektors werden zukünftig einerseits die Finanzierungsbedarfe der Sondervermögen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit berücksichtigt und statt über eigene Kreditermächtigungen über entsprechende Zuschussbeträge aus dem Kernhaushalt abgedeckt (vgl. 2.4.). Andererseits werden allerdings auch die bisher über den Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) bzw. andere Sondervermögen realisierten **Tilgungen für Vorfinanzierungen** der Vergangenheit ab 2011 **in die Gesamtbeurteilungen einbezogen**. Da alle übrigen Sondervermögen nach Streichung ihrer Kreditermächtigungen aus dem für den Konsolidierungskurs maßgeblichen Berichtskreis ausscheiden, erfolgen diese Tilgungen im Weiteren ausschließlich über die Konten des BKF.

**Tab. 9: Tilgungseinnahmen im BKF**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Tilgungen durch Sondervermögen</b>	<b>40,5</b>	<b>32,4</b>	<b>50,2</b>	<b>48,2</b>	<b>46,3</b>
- SV Hafen (Stadt)	20,195	19,997	31,213	28,106	28,528
- SV Immobilien und Technik (Stadt)	11,546	11,655	10,608	10,729	10,671
- SV Immobilien und Technik (Land)	0,417	0,417	0,006	0,006	0,006
- SV Gewerbeflächen (Stadt)	0,345	0,345	0,345	0,345	0,345
- SV Überseestadt (Stadt)	8,030	0,000	8,000	9,000	6,742
<b>Tilgungen durch Ressorts 1)</b>	<b>0,8</b>	<b>21,5</b>	<b>33,0</b>	<b>23,4</b>	<b>17,6</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>41,4</b>	<b>53,9</b>	<b>83,2</b>	<b>71,6</b>	<b>63,9</b>

1) 2010: Nettotilgung

Für die Berechnungen zum strukturellen Defizit bedeutet dies, dass Tilgungsausgaben für bereits realisierte bzw. noch in der Realisierungsphase befindliche Investitionsvorhaben zwar wie bisher in den jeweiligen Produktplan-Eckwerten berücksichtigt, durch ihre gleichzeitige Vereinnahmung im BKF, in dem die tatsächlichen Tilgungen als besondere Finanzierungsvorgänge erfolgen, jedoch **betragsmäßig neutralisiert** werden. Tabelle 9 weist aus, dass dieser Sachverhalt aufgrund der Entwicklung der Tilgungsausgaben von 2010 (41,4 Mio. €) auf 2011 (53,9 Mio. €) zu einer **Minderung des erforderlichen Abbaus schrittes** beim strukturellen Defizit um rd. **13 Mio. €** beiträgt.

### 3.3. Konjunkturbereinigung

Gemäß Art. 109 (3) GG können Bund und Länder für die Berechnungen ihrer Konsolidierungspfade Regelungen treffen, die in Auf- und Abschwungphasen eine symmetrische Berücksichtigung der **Auswirkungen einer von einer Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung** vorsehen. Die bisherigen Verhandlungen zur konkreten Umsetzung eines entsprechenden Bereinigungsverfahrens, d. h. zur Berech-

nungsweise dieser Konjunkturkomponente, gestalteten sich bisher äußerst schwierig und zeitaufwändig.

Ein von den **Konsolidierungsländern** (Bremen, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt) in Auftrag gegebenes Konjunkturbereinigungs-Modell (**Professor Deubel**), das alle Auflagen für eine symmetrische Berücksichtigung der konjunkturellen Effekte berücksichtigt, nicht revisionsanfällig ist und eine für die Länder notwendige Planungssicherheit garantiert, wurde in langwierigen Abstimmungsrunden vom Bundesfinanzministerium als nicht geeignet eingestuft. Ein konkurrierender **Vorschlag des BMF** auf Basis eines von der EU im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes genutzten und voraussichtlich auch für den Bundeshaushalt zur Anwendung kommenden Bereinigungsverfahrens (**RWI**) wurde von den Konsolidierungsländern aufgrund fehlender Planungssicherheit, hoher Revisionsanfälligkeit, Praxisferne und systematischer Unterschätzung der Konjunkturkomponente abgelehnt.

**Tab. 10: FöKo-relevante Bereinigungen: Konjunkturbereinigung**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Konjunkturbereinigung</b>					
- Bruttoinlandsprodukt (nominal; in Mrd. €)	2495,5	2570,0	2642,8	2717,7	2794,6
- Produktionspotenzial (nominal; in Mrd. €)	2524,5	2585,5	2652,3	2721,5	2793,3
<b>=&gt; Produktionslücke (in Mrd. €) 1)</b>	<b>-29,0</b>	<b>-15,5</b>	<b>-9,4</b>	<b>-3,8</b>	<b>1,3</b>
<b>Steuer-Sensitivität ggü. Produktionslücke</b>					
- Ländersteuern (12,60 %)	3,7	1,9	1,2	0,5	-0,2
- Gemeindesteuern (4,10 %)	1,2	0,6	0,4	0,2	-0,1
<b>Zusammen (in Mrd. €)</b>	<b>4,8</b>	<b>2,6</b>	<b>1,6</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,2</b>
<b>darunter: Anteil Stadtstaat Bremen</b>					
- Ländersteuern (1,064 %)	38,8	20,7	12,7	5,0	-1,7
- Gemeindesteuern (1,056 %)	12,5	6,7	4,1	1,6	-0,5
<b>Zusammen (in Mio. €)</b>	<b>51,4</b>	<b>27,4</b>	<b>16,8</b>	<b>6,7</b>	<b>-2,3</b>
<b>dar.: Land und Stadtgemeinde Bremen (92,8 %)</b>					
<b>= Konjunkturkomponente</b>	<b>47,7</b>	<b>25,4</b>	<b>15,6</b>	<b>6,2</b>	<b>-2,1</b>
nachrichtlich:					
<b>Föko-relevante steuerabhäng. Einnahmen</b>	<b>2579</b>	<b>2630</b>	<b>2775</b>	<b>2901</b>	<b>3019</b>
- Steuereinnahmen	1958	2017	2140	2254	2354
- Länderfinanzausgleich (LFA)	370	381	405	421	440
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	203	206	214	220	227
- Konjunkturkomponente	48	25	16	6	-2

1) Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Die Verhandlungen mit dem BMF werden aktuell auf Basis eines Modells geführt, das die Konjunkturkomponenten unmittelbar aus gesamtwirtschaftlichen Produktionslücken (Differenz von Produktionspotenzial und tatsächlicher bzw. erwarteter BIP-Entwicklung) ableitet. In **Tabelle 10** ist dieses Modell abgebildet und mit den aktuell verfügbaren Datengrundlagen und Quoten für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen berechnet. Erkennbar ist, dass

- für das laufende Haushaltsjahr eine **gesamtwirtschaftliche Produktionslücke** von rd. 29 Mrd. € erwartet wird, die in den Folgejahren aufgrund des unterstellten konjunkturellen Aufholprozesses deutlich rückläufige Tendenz aufweisen und 2014 nach aktueller Einschätzung sogar in einen Überschuss übergehen wird,
- über angenommene **Sensitivitäten für Länder- und Gemeindesteuern** hieraus rechnerische Auswirkungen auf das bundesweite Steueraufkommen ermittelt und
- diese wiederum über **Anteilssätze** den Haushalten des Stadtstaates Bremen zugeordnet werden.

Von den derart abgeleiteten Konjunkturkomponenten entfallen aufgrund der innerbremischen Verteilung der steuerabhängigen Einnahmen (nach kommunalem Finanzausgleich) **92,8 %** auf die **Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen**. Die sich daraus ergebende Konjunkturkomponente, d. h. die Summe der Steuereinnahmen, die bei einer konjunkturellen Normallage rein rechnerisch zusätzlich in die bremischen Kassen fließen würde, beträgt für **2010** knapp **48 Mio. €** und weist in den Folgejahren zwangsläufig die aus dem Verlauf der Produktionslücken abgeleiteten Entwicklungen auf.

Für die Interpretation und weitere Verwendung dieser Berechnungsgrundlagen sind dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Der Abbau der Konjunkturkomponente im Jahr 2011 (25,4 Mio. €) gegenüber 2010 (47,7 Mio. €) bedeutet eine rechnerische **Vergrößerung des strukturellen Defizits** in Höhe des Differenzbetrages (rd. **22 Mio. €**).
- Die Entscheidungen des Senats, den Beschlüssen vom 08. März 2010 zunächst **keine spekulativ ermittelten Konjunkturreffekte** zugrunde zu legen und Ende September 2010 die Perspektiven der Haushalte 2011 unter Berücksichtigung von Effekten der Konjunkturbereinigung zu betrachten, die dem aktuellen Berechnungsstand nahezu exakt entsprechen, haben sich damit als **realistisch und sinnvoll** erwiesen.
- Zu beachten ist, dass die berechneten Auswirkungen des Konjunkturbereinigungsverfahrens einen aktuellen Kenntnisstand widerspiegeln. Im weiteren Abstimmungsverfahren mit dem Bund sind **Veränderungen der Berechnungsmethode und der getroffenen Annahmen** (z. B. auch zu den jeweiligen Anteilssätzen der Ableitung), die sich unmittelbar auf die Berechnungen des strukturellen Defizits und des 2011 zu leistenden Defizitabbaus auswirken, nicht ausgeschlossen. Verschlechterungen gegenüber den getroffenen Annahmen sind dabei allerdings nicht zu erwarten.
- Die über 2011 hinausgehenden Produktionslücken stellen Fortschreibungen auf der Basis aktueller Vorgaben des Bundesfinanzministeriums dar. Schon im Jahr **2011** werden **Neuberechnungen zum Produktionspotenzial** und angepasste Erwartungen zur **Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts** mit hoher Wahr-

scheinlichkeit zu **veränderten Relationen** mit entsprechenden Auswirkungen auf die Konjunkturkomponente führen.

Am Ende der Tabelle 10 ist für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die unter diesen Bedingungen zu bildende Summe der **FöKo-relevanten steuerabhängigen Einnahmen** ausgewiesen. Die Beträge bilden die **rein rechnerischen Größen** ab, mit denen die steuerabhängigen Einnahmen bei der **Berechnung des strukturellen Defizits** berücksichtigt werden.

### 3.4. Gesamtergebnis

In der nachfolgenden **Tabelle 11** sind die **Mittelfrist-Planwerte des Kernhaushalts 2010/2014** (vgl. 2.6.) mit den vorstehend beschriebenen und quantifizierten Bereinigungsfaktoren – gemäß voraussichtlicher Abgrenzungen und Vorgaben der noch ausstehenden Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungskurs 2010/2020 - **in strukturelle Defizite** der bremischen Haushalte (Land und Stadtgemeinde Bremen) **umgerechnet**.

**Tab. 11: Ableitung der FöKo-relevanten Finanzierungssalden**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Finanzierungssaldo Stand 08.03.2010</b>	<b>-932</b>	<b>-836</b>	<b>-739</b>	<b>-652</b>	<b>-576</b>
+ Steuerschätzung Mai 2010	-81	-157	-166	-176	-146
+ Sonstiger Nachtragshaushalt / Vollzug	-82	-59	-59	-60	-61
+ Steuerschätzung November 2010	-25	30	42	50	55
+ Erhöhung Zuschüsse an Sondervermö.	-96	-82	-94	-92	-100
+ Abdeckung Risiken; Zinsanpassungen	0	17	17	27	27
<b>=&gt; Finanzierungssaldo Kernhaushalt</b>	<b>-1217</b>	<b>-1088</b>	<b>-1000</b>	<b>-903</b>	<b>-800</b>
- Finanzielle Transaktionen	5	1	1	1	1
+ Konjunkturbereinigung	48	25	16	6	-2
- Einnahmen für Tilgungen im BKF	41	54	83	72	64
<b>FöKo-relevanter Finanzierungssaldo</b>	<b>-1122</b>	<b>-1007</b>	<b>-900</b>	<b>-824</b>	<b>-737</b>
<b>zulässiger Finanzierungssaldo</b>	<b>-1122</b>	<b>-1007</b>	<b>-892</b>	<b>-777</b>	<b>-661</b>
- gleichmäßiger Abbau	-1122	-1010	-898	-786	-673
- Risikovorsorge		3	6	9	12
<b>=&gt; Anpassungsbedarf (kumuliert)</b>		<b>0</b>	<b>-8</b>	<b>-48</b>	<b>-76</b>
p. a.		<b>0</b>	<b>-8</b>	<b>-40</b>	<b>-28</b>

Das strukturelle Defizit des Staatssektors in VGR-naher Abgrenzung beträgt demnach unter Berücksichtigung der Konjunkturbereinigung **im Basisjahr des Konsolidierungspfades (2010) 1.122 Mio. €**. Die jährlichen Abbauschritte müssen auf dieser Grundlage eine Größenordnung von rd. 112 Mio. € aufweisen. Tabelle 11 verdeutlicht, dass diese **Abbauschritte mit den aktuellen Eckwert-Vorschlägen** für die Haushalte **2011** – auch unter Einbeziehung einer marginalen Risikovorsorge (3 Mio. € p. a.) für

den Vollzug – nach derzeitigem Erkenntnisstand **erfolgreich** gestaltet und für **2012** bereits **annähernd erreicht** werden können.

Für die **Folgejahre**, deren abgebildete Ergebnisse im Weiteren mit hoher Wahrscheinlichkeit noch deutlichen Veränderungen unterliegen werden, bestehen hingegen noch rechnerische **Handlungsbedarfe**, über deren Umsetzung erst im Lichte aktuellerer Berechnungsgrundlagen und **im Rahmen zukünftiger Haushaltsberatungen** abschließend zu entscheiden ist.

## 4. Finanzrahmen 2010/2014

### 4.1. Gesamtergebnis

**Tab. 12: Finanzrahmen 2010/2014**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	vor. Ist	Entwurf	Planwerte		
	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Steuerabhängige Einnahmen</b>	2532	2604	2759	2895	3021
<b>Sonstige konsumtive Einnahmen</b>	479	496	502	509	512
<b>Investive Einnahmen</b>	88	89	90	91	91
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	3098	3189	3352	3495	3624
<b>Personalausgaben</b>	1146	1164	1176	1188	1199
<b>Zinsausgaben</b>	651	623	677	699	691
<b>Sozialleistungsausgaben</b>	668	679	690	702	714
<b>Sonst. konsumtive Ausgaben</b>	1343	1347	1350	1354	1358
<b>Investitionsausgaben</b>	508	464	457	455	462
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	4315	4277	4351	4398	4424
Zuwachsrate in %					
<b>Finanzierungssaldo</b>	-1217	-1088	-1000	-903	-800
<b>Primärsaldo</b>	-566	-465	-323	-204	-109
<b>Primärausgaben</b>	3664	3654	3674	3699	3733
Zuwachsrate in %					
<b>Zins-Steuer-Quote (in %)</b>	25,7	23,9	24,5	24,1	22,9
<b>Zinslastquote (in %)</b>	15,1	14,6	15,6	15,9	15,6
<b>Investitionsquote (in %)</b>	11,8	10,9	10,5	10,3	10,5
<b>Defizitquote (in %)</b>	28,2	25,4	23,0	20,5	18,1
<b>Schuldenstand 1)</b>	16474	17383	18116	18752	19285

1) Stand Jahresende; einschließlich Konsolidierungshilfen

Mit der Bestätigung, dass der erste Schritt des erforderlichen Defizitabbaus im Jahre 2011 erfolgreich zu bewältigen ist und für die Folgejahre eine Basis gelegt wird, die bei Lösung der noch offenen Probleme (Handlungsbedarfe) auch im Mittelfrist-Zeitraum die notwendigen Schritte auf dem Konsolidierungspfad erlaubt, kann der **Finanzrah-**

men 2010/2014 als verlässliche Grundlage des aktuellen Haushaltsaufstellungsverfahrens und der sich anschließenden Finanzplan-Periode betrachtet werden. In Tabelle 12 sind die wesentlichen Eckpunkte der Planwerte noch einmal zusammenfassend dargestellt und um einzelne Kennzahlen ergänzt.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die im Gliederungspunkt 2. abgeleiteten und in Tabelle 12 als Summe ausgewiesenen Eckwert-Vorschläge für das Haushaltsjahr 2011 – differenziert nach Einnahme- und Ausgabearten – den jeweiligen **Produktplänen zugeordnet** (ohne vorgesehene Soll-Veränderungen (1,3 Mio. €)) . Die in den Tabellen nachrichtlich ausgewiesenen, noch nicht auf die Produktpläne aufgeteilten Gesamtbeiträge der **Folgejahre** dienen dabei lediglich als erste **Orientierungspunkte** für eine mögliche Weiterentwicklung der Eckwert-Ansätze. Sie stehen insgesamt unter dem **Vorbehalt der noch bestehenden Handlungsbedarfe** und deren Lösung.

## 4.2. Auswirkungen auf Produktplanebene

Tab. 13 Konsumtive Einnahmen  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl./NT	Eckwert	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
01 Bürgerschaft	154	88	89			
02 Rechnungshof	3	2	2			
03 Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	781	223	225			
05 Bundesangelegenheiten	352	338	350			
07 Inneres	33.040	30.571	28.280			
dar.: Verkehrsüberw./Ordng./Bürgerservice/Zensus			-2.618	-3.405	-3.416	-3.426
08 Gleichberechtigung der Frau	75	81	66			
dar.: Streichung Einn. v. Brhv. (ZGF)			-16	-16	-16	-16
11 Justiz	34.569	39.820	35.147			
dar.: Mindereinn. Grundbuchsach./Gerichtsgebühr.			-5.056	-5.071	-5.086	-5.102
12 Sport	5.378	348	389			
21 Bildung	14.198	14.803	15.867			
dar.: Mehreinn. BAföG			813	813	813	813
22 Kultur	5.843	3.087	3.119			
24 Hochschulen/Forschung	14.173	17.104	19.275			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 (BAföG)			-477	-602	-604	-605
Mehreinn. BAföG			1.804	1.804	1.804	1.804
31 Arbeit	31.271	23.953	24.143			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 (Versorg.A)			300	300	300	300
41 Jugend/Soziales	106.916	101.388	106.525			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 (Soz.leist.)		5.600	5.617	5.634	5.651	5.668
weitere Mehreinn. Sozialleist. (KdU-Anpass.)			3.628	3.628	3.628	3.628
51 Gesundheit	13.796	12.456	12.567			
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	32.856	30.972	38.080			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 (Wohngeld)		2.475	2.475	2.475	2.475	2.475
Mehreinn. Neues Amt Geo.Inform.			4.848	4.848	4.848	4.848
71 Wirtschaft	2.070	4.429	4.482			
81 Häfen	2.109	2.098	2.096			
91 Finanzen/Personal	11.855	10.028	9.906			
92 Allgemeine Finanzen	103.346	105.835	114.414			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 (BLG, Konzess.)		-9.274				
Mindereinn. Fisk. Grundbesitz			-850	-850	-850	-850
Mindereinn. Ruhelohn/Eigenkap.verzins. SVIT			-919	-919	-919	-919
93 Zentrale Finanzen	44.534	80.994	80.628			
96 IT-Ausgaben der FHB	588	0	0			
Einnahmeverbesserungen				3.000	5.000	7.000
<b>Summe PPI 01 -96 konsumtive Einn.:</b>	<b>457.906</b>	<b>478.617</b>	<b>495.651</b>	<b>502.171</b>	<b>508.510</b>	<b>511.984</b>
dar.: Folgewirk. NTH 2010		-1.376	7.792	7.807	7.822	7.837
Veränd. Inneres/ZGF/Justiz/BAföG/Soz.leist./			1.633	831	805	779
Geo.Inform./Fisk. Grundbesitz/Ruhelohn ...						
Einnahmeverbesserungen				3.000	5.000	7.000

**Tabelle 13** zeigt die **konsumtiven Einnahmen** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Neben dem Ist-Ergebnis 2009 und dem Haushaltsanschlag 2010 (einschließlich Nachtrag) werden die Entwurfszahlen 2011 in der Gliederung nach Produktplänen aufgeführt. Die Produktplan-Ansätze basieren im Grundsatz auf den vorgelegten Unterlagen für das Haushaltsjahr 2011, die von der Bremischen Bürgerschaft im Dezember 2009 zunächst beraten, dann jedoch – vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Konkretisierung der besonderen Bedingungen zur Umsetzung der Ziele der Föderalismuskommission II (FöKo II) an den Haushalts- und Finanzausschuss zurück überwiesen wurden. In den Entwürfen sind inzwischen die Beschlüsse des Senats vom 08. März 2010, die Konsequenzen und Folgewirkungen aus den Nachtragshaushalten 2010, Auswirkungen der Steuerschätzungen vom Mai und November 2010 sowie weitere Beschlusslagen / Aktualisierungen aus dem Vollzug der Haushalte 2010 enthalten. Die Folgewirkungen aus den Nachtragshaushalten 2010 sowie weitere Aktualisierungen in den Bereichen Inneres/ Justiz / BAföG / AGFJS / SUBVE sowie Allgemeine Finanzen wurden **aufgabenbezogen** bis 2014 fortgeschrieben. Unter Berücksichtigung einer unterstellten **pauschalen Einnahmeverbesserung (3 Mio. € (2012), 5 Mio. € (2013) und 7 Mio. € (2014))** verbleiben für die sonstigen konsumtiven Einnahmen Steigerungsraten von jeweils + **0,89 %** (für 2012 und 2013) sowie + **0,30 %** (für 2014).

**Tab. 14 Investive Einnahmen**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl./NT	Eckwert	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
03 Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	139	0	0			
07 Inneres	97	0	0			
11 Justiz	13	0	0			
22 Kultur	117	81	81			
24 Hochschulen/Forschung	17.125	15.140	15.221			
41 Jugend/Soziales	3.921	2.771	2.716			
51 Gesundheit	10	11				
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	34.064	33.841	34.260			
71 Wirtschaft	25.904	25.244	26.176			
81 Häfen	10.737	10.737	10.737			
91 Finanzen/Personal	2	0	0			
92 Allgemeine Finanzen	2.029	0	0			
93 Zentrale Finanzen	17.787	0	0			
<b>Summe PPI 01 -96 investive Einn.:</b>	<b>111.941</b>	<b>87.824</b>	<b>89.190</b>	<b>90.082</b>	<b>90.983</b>	<b>90.983</b>

Die **investiven Einnahmen** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, die in den Ansätzen 2010 und 2011 **keine Einnahmen aus Vermögensveräußerungen** mehr enthalten, werden für die Planungsjahre 2012 und 2013 insgesamt mit jeweils + **1,0 %** p. a. gesteigert und für das Jahr 2014 auf Basis der Ansätze 2013 überrollt (vgl. **Tabelle 14**).

Das Gesamtvolumen von rd. 90 Mio. € verteilt sich lediglich auf **fünf Produktpläne**: Neben Bundes- und Länderzuschüsse nach der Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung“ für das Deutsche Schifffahrtsmuseum werden im wesentlichen Bundesmittel für Hochschulbaumaßnahmen, für Kinderbetreuungsausbau (KiföG 2008-2013), für GVFG-/ BremÖPNVG-Maßnahmen, für Städtebauförderung, für den Generalplan Küstenschutz und für die Hafenlast-Abgeltung (10.737 Tsd. €; Festbetrag bis 2019) sowie EU-Mittel für das Fischereiprogramm EFF und für das EFRE-Programm 2007-2013 veranschlagt.

Im **Personalbereich** wurden Veränderungen, die sich aus dem Haushaltsaufstellungsverfahren für das Jahr 2011 ergeben haben, wie die Wiedereingliederung des Amtes „GeoInformation“ in den Kernhaushalt (als eckwerterhöhende Maßnahme) und die Bereinigung von Zielzahlen in den Bereichen Justiz, Kultur, Jugend und Soziales, sowie Finanzen (als Maßnahmen innerhalb des Personaleckwertes) berücksichtigt.

Die jährlichen Steigerungen des Personalhaushaltes ergeben sich aus der Hochrechnung der realistischerweise zu erwartenden Ausgabensteigerungen bei den Versorgungsempfängern. Für das aktive Personal wurden die Ausgaben auf dem Niveau des Jahres 2011 konstant gehalten. Dass heißt, dass alle Kostensteigerungen im Zeitraum bis 2014 durch Verringerungen der Personalmenge aufgefangen werden müssen.

Für die einzelnen **Produktpläne** ergeben sich die in **Tabelle 15** abgebildeten Personaleckwerte.

**Tab. 15 Personalausgaben**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl.NT	Entwurf	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
01 Bürgerschaft <i>dar.: Folgewirk. NTH 2010</i>	10.177	10.398	11.501			
		191	242	242	242	242
02 Rechnungshof	2.367	2.705	2.836			
03 Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	7.739	7.348	7.700			
05 Bundesangelegenheiten	1.493	1.387	1.376			
06 Datenschutz/Informationsfreiheit	616	604	654			
07 Inneres	152.577	147.611	153.793			
08 Gleichberechtigung der Frau	726	677	715			
09 Staatsgerichtshof	37	39	39			
11 Justiz	64.416	61.584	64.817			
12 Sport	982	1.011	1.006			
21 Bildung	288.132	285.456	297.006			
22 Kultur	6.690	6.164	6.690			
24 Hochschulen/Forschung	2.505	2.214	2.317			
31 Arbeit	6.777	6.411	6.626			
41 Jugend/Soziales	55.174	49.394	54.750			
51 Gesundheit	22.452	21.120	21.150			
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa <i>dar.: neues Amt Geo.Inform.</i>	43.748	41.288	48.395	6.882	6.882	6.882
71 Wirtschaft	6.458	5.708	5.625			
81 Häfen	7.739	6.891	6.947			
91 Finanzen/Personal	69.596	75.671	71.284			
92 Allgemeine Finanzen <i>dar.: neues Amt Geo.Inform.</i>	365.660	412.036	399.080	35	35	35
93 Zentrale Finanzen						
94 ISP / AIP						
96 IT-Ausgaben der FHB <i>dar.: Verlagerung zu kons. Ausgaben (div. PPI)</i>			-50	-50	-50	-50
<b>Summe PPI 01 -96 Personalausgaben:</b>	<b>1.116.063</b>	<b>1.145.715</b>	<b>1.164.305</b>	<b>1.176.395</b>	<b>1.187.967</b>	<b>1.198.895</b>
<i>dar.: Folgewirk. NTH 2010</i>		191	242	242	242	242
<i>Veränd.Geo.Inform./Verlag. zu kons. Ausg.</i>			6.868	6.868	6.868	6.868

Die **sonstigen konsumtiven Ausgaben** setzen sich zusammen aus den konsumtiven Produktplan-Eckwerten (vgl. **Tabelle 16**) und den (gleichfalls eckwert-relevanten) Tilgungsausgaben für Wohnungsbau-, Modernisierungs- sowie Instandsetzungsdarlehen des Bundes (vgl. **Tabelle 17**).

Wie bereits bei den konsumtiven Einnahmen dargestellt, sind auch bei den konsumtiven Ausgaben inzwischen die Beschlüsse des Senats vom 08. März 2010, die Konsequenzen und Folgewirkungen aus den Nachtragshaushalten 2010, Auswirkungen der

Steuerschätzungen vom Mai und November 2010 sowie weitere Beschlusslagen / Aktualisierungen aus dem Vollzug der Haushalte 2010 berücksichtigt.

**Tab. 16 Konsumtive Ausgaben**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl.NT	Entwurf	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
01 Bürgerschaft	7.735	7.701	8.375			
02 Rechnungshof	320	368	361			
03 Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	9.551	5.342	4.708			
05 Bundesangelegenheiten	1.721	1.688	1.684			
06 Datenschutz/Informationsfreiheit	98	126	132			
07 Inneres	69.835	65.425	73.450			
dar.: Bürgerschaftswahlen			400	-1.100	-1.100	-1.100
Mehrausg. ZENSUS			3.407	1.290	117	84
08 Gleichberechtigung der Frau	229	226	217			
09 Staatsgerichtshof	10	6	5			
11 Justiz	38.718	41.777	43.646			
dar.: Minderausg. Grundbuchsachen/Gerichtsgeb.			-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
12 Sport	11.090	8.686	10.788			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Bauunterh.mieten		25	25	25	25	25
21 Bildung	204.268	205.017	255.718			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Privatsch.		1.730	1.730	1.730	1.730	1.730
Schwerstmehrfachbehind. Schüler/-innen			600	600	600	600
Mehrausg. Altfälle Anreizmittel			935	935	935	935
Mehrausg. BAföG			1.250	1.250	1.250	1.250
22 Kultur	67.513	67.091	67.927			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Bauunterh.mieten		554	554	554	554	554
24 Hochschulen/Forschung	279.600	276.960	281.607			
dar.: Mehrausg. BAföG			2.775	2.775	2.775	2.775
31 Arbeit	31.491	34.666	34.860			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 OEG		900	900	900	900	900
41 Jugend/Soziales	748.836	806.885	831.030			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Soz.leist.		56.000	56.952	57.920	58.905	59.906
- " - Veränd. Entlohn.struktur KTH		750	1.300	1.300	1.300	1.300
- " - Mehrbedarf Bauunterh.mieten		265	265	265	265	265
Mehrausg. KdU (altes Recht)			981	981	981	981
Mehrbedarfe Kindertagesbetreuung			2.430	5.000	5.000	5.000
Mehrausg. Altfälle Anreizmittel			182	182	182	182
51 Gesundheit	13.856	14.623	14.676			
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	126.893	155.737	158.497			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Wohngeld		4.426		5.404	5.404	5.404
Anschl. Neues Amt Geo.Inform.			-2.895	-2.895	-2.895	-2.895
71 Wirtschaft	34.028	29.943	29.808			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Bauunterh.mieten		21	21	21	21	21
81 Häfen	2.957	3.471	3.436			
91 Finanzen/Personal	18.616	13.731	16.039			
dar.: Minderausg. Innenreinigung			-356	-356	-356	-356
92 Allgemeine Finanzen	56.500	90.645	55.533			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 Bauunterh.mieten		37		37	37	37
Minderausg. Innenreinigung			-750	-750	-750	-750
Mehrausg. Schülerunfallversicherung				72	72	72
93 Zentrale Finanzen	101.474	104.418	127.462			
dar.: Folgewirk. NTH 2010 KFA Brhv.		-2.939	-5.312	-5.505	-5.661	-5.177
- " - Auflös. Risikovorsorge		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
KFA an Brhv. (Nov. Steuerschätz.)			1.463	1.706	1.880	1.969
Konschilfe an Brhv.			22.000	33.000	33.000	33.000
94 ISP / AIP						
96 IT-Ausgaben der FHB	17.202	26.270	25.928			
dar.: IT Neues Amt Geo.Inform.			483	483	483	483
Folgewirk. NTH 2010 Vollzugsreserve			804			
				(Vollzug 2011, daher noch nicht in SAP enthalten)		
<b>Summe PPI 01 -96 konsumtive Ausg.:</b>	<b>1.842.539</b>	<b>1.960.801</b>	<b>2.045.886</b>	<b>2.072.898</b>	<b>2.088.365</b>	<b>2.104.015</b>
dar.: Folgewirk. NTH 2010		59.769	59.876	60.651	61.480	62.965
KFA an Brhv. (Nov. St.Schätz.)			1.463	1.706	1.880	1.969
Weitere Veränd. (Soz.leist., Geo.Inform., BAföG, ...)			7.541	6.566	5.393	5.360
Konschilfe an Brhv.			22.000	33.000	33.000	33.000

Die Folgewirkungen aus den Nachtragshaushalten 2010 sowie diverse weitere Aktualisierungen wurden **jeweils aufgabenbezogen** bis 2014 fortgeschrieben. Besonders hinzuweisen ist auf die Berücksichtigung der **Konsolidierungshilfen** an Bremerhaven, die im Entwurf 2011 mit **22 Mio. €** und ab 2012 mit **jeweils 33 Mio. €** p. a. im PPI 93 „Zentrale Finanzen“ zu berücksichtigen sind.

Zu den sonstigen konsumtiven Ausgaben zählen auch die eckwert-relevanten Tilgungsausgaben für Wohnungsbau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsdarlehen des Bundes. In **Tabelle 17** sind die produktplan-bezogenen Ansätze dargestellt.

**Tab. 17 Eckwertrelevante Tilgungsausgaben**

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl.NT	Entwurf	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	5.119	4.991	928			
93 Zentrale Finanzen	110	9	9			
<b>Summe PPI 01 -96 eckw.rel. Tilgungsausg.:</b>	<b>5.229</b>	<b>5.000</b>	<b>937</b>	<b>951</b>	<b>965</b>	<b>980</b>

Hinsichtlich der Ableitung der **Investitionsausgaben** wurde bereits unter 2.4. erläutert, dass die ab Haushaltsentwurf 2011 **erforderliche integrierte Betrachtung** von Kernhaushalt und außerhaushaltsmäßigen Finanzierungen zu einer deutlichen Aufstockung einzelner Produktplan-Ansätze führt. Der bisher durch eigene Kreditaufnahme der Sondervermögen gedeckte Finanzierungsbedarf führt nach Integration der Sondervermögen im Kernhaushalt zu folgender Aufstockung der Investitionsansätze:

Haushaltentwurf 2011:	<b>+ 81,949 Mio. €</b>
Finanzplanung 2012:	<b>+ 94,171 Mio. €</b>
Finanzplanung 2012:	<b>+ 91,901 Mio. €</b>
Finanzplanung 2012:	<b>+ 99,146 Mio. €</b>

Zu einer weiteren Veränderung der Investitionsansätze hat die Aktualisierung der Tilgungsbeträge der Kapitaldienstfinanzierungen geführt. Die in den jeweiligen Produktplänen ausgewiesenen Ansätze für „KAPI-Tilgungsausgaben“ präjudizieren in erheblichem Umfang die künftigen Investitionseckwerte.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Veränderungen ergeben sich die in **Tabelle 18** dargestellten neuen Investitionseckwerte.

**Tab. 18 Investive Ausgaben**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl./NT	Eckwert	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
01 Bürgerschaft	351	355	355			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			196	196	197	196
02 Rechnungshof	23	13	13			
03 Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	2.714	2.924	2.845			
dar.: Folgewirk. NTH 2010			100	(Vollzug 2011, daher noch nicht in SAP enthalten)		
05 Bundesangelegenheiten	45	63	61			
06 Datenschutz/Informationsfreiheit	1	14	14			
07 Inneres	9.565	6.073	5.234			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			1.534	1.712	1.737	1.807
08 Gleichberechtigung der Frau	4	3	4			
11 Justiz	5.329	4.935	4.612			
12 Sport	4.054	2.369	2.705			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			60	59	59	61
21 Bildung	23.558	22.215	21.118			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			1.159	1.194	870	0
22 Kultur	7.926	10.698	7.918			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			1.588	85	85	89
24 Hochschulen/Forschung	48.261	43.834	44.381			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			3.916	3.936	3.955	3.974
Exzellenzinitiative				742	2.500	2.500
Mehrausg. BAföG			1.094	1.094	1.094	1.094
31 Arbeit	833	972	912			
41 Jugend/Soziales	7.018	5.863	5.997			
51 Gesundheit	30.168	27.932	27.136			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			1.849	397	397	397
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	87.195	110.539	109.934			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			1.315	1.935	1.344	1.397
Anschl. Neues Amt Geo.Inform. A 281			91	91	91	91
				10.000		
71 Wirtschaft	122.083	98.139	100.601			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			25.168	27.914	25.694	19.289
Zusätzl. Liquid.bedarf der SV			13.677	19.726	15.926	21.408
81 Häfen	30.076	57.477	97.470			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			19.110	31.658	29.282	29.413
Zusätzl. Liquid.bedarf der SV			41.572	45.985	46.740	47.827
91 Finanzen/Personal	736	534	508			
92 Allgemeine Finanzen	39.075	376	27.066			
dar.: Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			7.279	7.405	7.782	8.518
Zusätzl. Liquid.bedarf der SV			26.700	28.460	29.235	29.911
93 Zentrale Finanzen	28.976	2.785	2.797			
96 IT-Ausgaben der FHB	5.820	6.534	2.399			
dar.: Folgewirk. NTH 2010			368	(Vollzug 2011, daher noch nicht in SAP enthalten)		
Anschl. Neues Amt Geo.Inform.			252	252	252	252
<b>Summe PPI 01 -96 investive Ausg.:</b>	<b>453.812</b>	<b>404.646</b>	<b>464.081</b>	<b>457.096</b>	<b>454.959</b>	<b>462.434</b>
dar.: Folgewirk. NTH 2010			468	(Vollzug 2011, daher noch nicht in SAP enthalten)		
Aktual. KAPI-Tilgungsausg.			63.174	87.232	73.901	67.641
Zusätzl. Liquid.bedarf der SV			81.949	94.171	91.901	99.146
Weitere Veränd. (Geo.Inform.)			1.437	1.437	1.437	1.437

Parallel zur zuvor dargestellten Aktualisierung der Tilgungsbeträge der Kapitaldienstfinanzierungen wurden gleichfalls die **eckwertrelevanten Zinsausgaben** angepasst. **Tabelle 19** zeigt die aktuellen Ansätze für die einzelnen Produktpläne.

**Tab. 19 Eckwertrelevante Zinsausgaben**  
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl./NT	Entwurf	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
07 Inneres	51	16	10	5		
11 Justiz		7	6			
24 Hochschulen/Forschung				2.317	407	297
68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	1.384	1.367	1.367	1.367	1.000	1.000
71 Wirtschaft	5.397	4.219	3.186	2.983	2.239	1.898
81 Häfen	16.194	26.379	21.408	30.620	29.032	27.940
92 Allgemeine Finanzen	4.243					
<b>Summe PPI 01 -96 eckw.rel. Zinsausg.:</b>	<b>27.268</b>	<b>31.987</b>	<b>25.976,96</b>	<b>37.292</b>	<b>32.678</b>	<b>31.135</b>

### 4.3. Verrechnungen mit Bremerhaven

Mit der Beschlussfassung über die Haushalte 2011 und den vorläufigen Festlegungen zur Haushaltsentwicklung im Mittelfrist-Zeitraum werden zugleich auch **Rahmensetzungen für die zu leistenden Zahlungen** aus den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen **an den Haushalt der Stadt Bremerhaven** geschaffen. Um sicher zu stellen, dass die parallelen Planungen Bremerhavens hinsichtlich dieser Verrechnungen und Erstattungen von absolut identischen Werten ausgehen und damit eine eindeutige, verlässliche Basis für die ab 2011 zwingend erforderlichen konsolidierten Betrachtungen aller Gebietskörperschaften des Stadtstaates entsteht, ist eine exakte Quantifizierung der Planwerte dieser Zahlungsströme notwendig. In der nachfolgenden **Tabelle 20** sind daher die aktuell in den Planungen berücksichtigten und mit der Kämmererei der Stadt Bremerhaven abgestimmten Werte als verbindliche Ausgangsgrößen dargestellt.

**Tab. 20 Verrechnungen mit Bremerhaven**

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

Produktplan	Ist	Anschl.NT	Entwurf	Planung		
	2009	2010	2011 neu	2012	2013	2014
<b>I. Investive Einnahmen von Brhv.</b>	<b>4.600</b>	<b>4.363</b>	<b>3.664</b>	<b>3.701</b>	<b>3.738</b>	<b>3.738</b>
darunter:						
Kostenerstatt. f. wirtsch.förd. Maßn.	4.600	4.364	3.664	3.701	3.738	3.738
<b>II. Konsumtive Einnahmen von Brhv.</b>	<b>2.570</b>	<b>2.899</b>	<b>2.844</b>	<b>2.861</b>	<b>2.875</b>	<b>2.884</b>
darunter:						
Unterhaltsvorschussgesetz	282	350	354	355	356	357
für Lebensmittelüberwachung	851	802	802	802	803	803
Deichschutzbeiträge	672	1.000	1.000	1.015	1.028	1.035
Sonstige kons. Verrechnungen	765	747	688	688	689	689
<b>Inv. + kons. Einnahmen von Brhv.:</b>	<b>7.170</b>	<b>7.262</b>	<b>6.508</b>	<b>6.561</b>	<b>6.613</b>	<b>6.622</b>
<b>III. Investive Ausgaben an Brhv.</b>	<b>21.737</b>	<b>11.262</b>	<b>11.948</b>	<b>11.108</b>	<b>11.759</b>	<b>11.546</b>
darunter:						
für das Ganztagsschulprogramm	1.000	1.000	1.000	943	1.004	1.027
Finanzhilfen nach dem GVFG	1.828	1.991	1.991	1.878	1.998	2.045
Finanzhilfen nach § 10 BremÖPNVG	178	0	1.078	1.017	1.082	1.107
Planungskosten Cherbourger Str.	2.535					
Umsetz. von Zukunftsinvestitionen	6.624					
Sonstige inv. Verrechnungen	9.572	8.271	7.879	7.269	7.675	7.366
<b>IV. Konsumtive Ausgaben an Brhv.</b>	<b>290.833</b>	<b>294.584</b>	<b>323.110</b>	<b>339.683</b>	<b>345.253</b>	<b>350.163</b>
darunter:						
Kostenerstatt. f. Pers.ausg. d. Polizei	33.560	33.569	34.112	34.138	34.344	34.531
Kostenerstatt. f. Sachausg. d. Polizei	1.050	1.470	2.100	2.100	2.100	2.100
Kostenerst. f. Pers.ausg. d. Schulen	88.306	92.332	93.781	94.298	94.781	95.215
Sozialleistungen	56.501	61.368	60.666	61.695	62.742	63.807
Schlüsselzuweisungen	71.989	67.257	68.301	72.004	75.092	78.030
Ergänzungszuweisungen	29.100	35.100	35.100	35.100	35.100	35.100
Konsolidierungshilfen			22.000	33.000	33.000	33.000
Sonstige kons. Verrechnungen	10.328	3.487	29.050	40.348	41.094	41.380
<b>Inv. + kons. Ausgaben an Brhv.:</b>	<b>312.570</b>	<b>305.846</b>	<b>335.059</b>	<b>350.791</b>	<b>357.012</b>	<b>361.708</b>

## 5. Weiteres Verfahren

Der vorliegende Finanzrahmen 2010/2014 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen wird nach seiner Bestätigung durch den Senat Grundlage für die Erstellung der **Finanzplanung 2010/2014**, die nach aktueller Terminplanung am **18. Januar 2011** vom **Senat** zu beschließen und am **26./27. Januar 2011** der **Bremischen Bürgerschaft** vorzulegen ist.

Mit der Beschreibung der nach derzeitigem Kenntnisstand maßgeblichen Kriterien und Abgrenzungen für die Gestaltung des Konsolidierungskurses 2010/2020 (vgl. 3.) und der Vorlage der Mittelfrist-Planung bis 2014 für den Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (vgl. 2.) sind entscheidende Parameter dieser Finanzplanung bereits vorhanden. Hierauf aufsetzend wird die **Finanzplanung 2010/2014**

- differenziertere Aussagen zu **finanzpolitischen Zielsetzungen, externen Rahmenbedingungen** (z. B. Demografie) sowie **fachpolitischen Schwerpunktsetzungen** beinhalten,
- mit Einbeziehung der Stadtgemeinde Bremerhaven, deren Finanzrahmen im Dezember vorliegen wird, eine konsolidierte **Gesamtbetrachtung für den Stadtstaat Bremen** enthalten, die die letztendlich allein relevante Basis für Berechnungen und Auswertungen zum Konsolidierungskurs 2010/2020 darstellt,
- in Vorbereitung der voraussichtlich im Frühjahr 2011 zu unterzeichnenden Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund aktualisierte, den u. U. fortgeschrittenen Beratungsstand widerspiegelnde Bezüge zur **Gestaltung des gesamten Konsolidierungszeitraumes** herstellen,
- in diesem Zusammenhang ggf. **neuere Informationen zum Berechnungsverfahren** des Konsolidierungspfades berücksichtigen und
- die finanzpolitische Ausgangslage des Stadtstaates Bremen und deren Fortentwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen Planungen **im Kontext bundesdurchschnittlicher Vergleichsdaten** abbilden.